Abwanderung befürchtet, wer eigentlich die Personen sind, die aus dem Westen in den Osten wandern? Was bewirken sie dort? Ist das nicht möglicherweise ein entgegenlaufender „brain drain“? Zur Beantwortung dieser Fragen müßte man in die Befragungsmethodik gehen. In diesem Fall könnte man sich nicht mehr auf die Statistik zurückziehen. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Professor Ronge. Bevor wir in die Diskussion starten, haben wir noch einen Punkt auf der Tagesordnung, der ein bißchen aus dem Rahmen fällt. Es handelt sich um einen Vortrag von Herrn Dr. Schroeder. Wenn ich richtig informiert bin, geht es in Ihrem Vortrag um das Thema des ganzen heutigen Tages. Wir haben zwar über Frauen und Jugendliche bereits eine Diskussionsrunde gehabt, deshalb will ich Sie aber nicht daran hindern, diese Themen noch einmal aufzugreifen. Ich bitte Sie auch, die letzten vier Kurzvorträge und Ihren Kurzvortrag als einen gewissen Diskussionsanstoß für die nachfolgende Diskussion zu werten. Sie haben die gleiche Zeit wie Ihre Vorredner.

PD Dr. Klaus Schroeder: Vielen Dank, Herr Poppe. Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin zu dieser Thematik durch verschiedene Forschungsprojekte gekommen, die wir seit 1990 an der Freien Universität zum Transformationsprozeß durchgeführt haben. Ich selber arbeite seit geraumer Zeit an dieser Universität und leite dort die Arbeitsstelle Politik und Technik und den Forschungsverbund SED-Staat. Nachfolgend möchte ich über das Thema „Legenden und Fakten im Transformationsprozeß“ referieren, wobei ich mich auf typische Aspekte konzentrieren werde. Ich beschränke mich hierbei auf einige Thesen, die Ihnen in ausführlicher Form schriftlich vorliegen. Bisweilen werde ich etwas überpointieren, damit genügend Stoff für die Diskussion bleibt.

Die zentrale These möchte ich vorwegstellen: Der Transformationsprozeß ist trotz nicht zu übersehender Probleme weiter fortgeschritten und erfolgreicher verlaufen, als die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion vermuten läßt. Ich möchte diese These im folgenden kurz begründen.

Erinnert sei zuerst an die Ausgangslage. Dies war der Bankrott der DDR, der sich als Konsequenz eines schleichenden Niedergangs von Wirtschaft und Ideologie darstellt, wobei der zweite Aspekt zumeist vergessen wird. In der Diskussion konzentrieren wir uns ja immer auf den ersten Aspekt. Dieser Zusammenbruch und die nachfolgende Vereinigung kamen sowohl für Politik und Wissenschaft als auch für die Bevölkerung überraschend, so daß auch keine Vorstellungen darüber vorhanden waren, wie dieser gewaltige und historisch ohne Beispiel ablaufende Transformationsprozeß konkret gestaltet werden könnte. Er stand von Beginn an unter zwei schweren Hypotheken.

Die erste Hypothek war die erbitterte Gegnerschaft in Ost und West gegen die Vereinigung überhaupt, insbesondere seitens der Opposition. Die noch größere Gegnerschaft richtete sich gegen die schnelle Vereinigung, also gegen die Art und den gewählten Weg des Vereinigungsprozesses. Eine zweite schwere Hy-

pothek bestand darin, daß vor allem die wirtschaftliche Ausgangslage in Ostdeutschland falsch eingeschätzt wurde. Wenn man es kurz auf einen Punkt bringen will, könnte man sagen, daß die Produktions- und Beschäftigungsstruktur der DDR 1989 in etwa das Niveau der Bundesrepublik von Mitte der 60er Jahre hatte. Der Produktivitätsabstand war erheblich. Das Produktivitätsniveau der DDR-Wirtschaft erreichte maximal 20-30 % des westdeutschen Wertes.

Unter diesen Voraussetzungen, die bis heute nachwirken, kommt der Analyse des Transformationsprozesses eher eine parteipolitische Dimension im Sinne einer Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition zu, als daß sie Ergebnis einer nüchternen Betrachtung dessen wäre, was abgelaufen ist.

Die Beurteilungsmaßstäbe haben im Laufe der letzten Jahre zudem rasch gewechselt. Dies gilt es in Erinnerung zu rufen, wenn man sich die Skepsis und die Kritik, die heute gerade in breiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung vorhanden ist, erklären will. Das westdeutsche System war für den Großteil der DDR-Bevölkerung immer das Referenzsystem. Es ging nicht um die Verbesserung des Lebensstandards im eigenen System, sondern Vorbild war immer das Lebensniveau des westdeutschen Systems. Dieses Referenzsystem war weniger auf unmittelbare Erfahrung gegründet, sondern medial vermittelt über Verwandtenbesuche und über Fernsehen, so daß hier auch ein zum Teil falsches Bild von der westdeutschen Realität entstanden ist.

Als zweiten Punkt möchte ich die Alternativen ansprechen. Zum einen ging es auch bei der Bundestagswahl 1990 um die schnelle Vereinigung mit dem Primat der raschen sozialen und materiellen Angleichung zwischen Ost und West. Dagegen stand ein zeitlich gestreckter Vereinigungsprozeß, der stärker die ökonomischen Dimensionen betonte und den sozialen Angleichungsprozeß langsamer verlaufen lassen wollte. Bekanntlich hat sich die Mehrheit der Ostdeutschen für die erste Variante entschieden, nämlich für die Option der schnellen Angleichung.

Es wurde gerade in Westdeutschland der Eindruck vermittelt, man könne diese Vereinigung gewissermaßen nebenbei finanzieren, während in Ostdeutschland die Ansprüche durch die politischen Versprechungen noch gesteigert wurden. So entstand von vornherein ein Erwartungsniveau, das die Politik später nicht mehr realisieren konnte. Dennoch muß offen bleiben, ob nicht gerade ein gewisses Maß an „Unbekümmertheit“ der westdeutschen Entscheidungsträger überhaupt erst schnelle Entscheidungen bewirkt hat, und ob nicht ein nachdenklicherer Prozeß zu einer Reformen blockierenden Verlangsamung geführt hätte. Ohne den überschäumenden Optimismus der ersten Stunden und der damit einhergehenden Unterschätzung der anstehenden Vereinigungs- und Transformationsprobleme hätten grundsätzliche Entscheidungen und Weichenstellungen kaum mit dem Elan und der Entschlossenheit getroffen werden können, wie es angesichts des objektiven Zeitdruckes notwendig war.

Ich komme jetzt zu dem Punkt, der heute schon mehrfach angesprochen wurde: Zu den „Gewinnern und Verlierern des Vereinigungsprozesses“. Wobei ich vorab sagen möchte, daß sich das überhaupt nicht trennen läßt, denn es gibt viele Dinge, die die Menschen als Gewinn und andere Dinge, die sie als Verlust betrachten. Ich möchte darauf hinaus, daß jeder einzelne Mensch die Empfindung, etwas gewonnen zu haben, aber auch etwas verloren zu haben, in sich trägt. Das sollten wir bei allen kontroversen Diskussionen im Auge behalten. Betrachtet man die statistischen Untersuchungen, ist festzustellen, daß es nicht nur die Rentner sind, die vor allen Dingen materiell gewonnen haben, sondern daß diejenigen Personen, die beschäftigt sind, natürlich auch zu den Gewinnern gehören.

Trotz mancher Irritationen und Umstellungsschwierigkeiten hat auch die breite Masse der Jugend durch die Einheit an Entwicklungsmöglichkeiten und -perspektiven gewonnen. Sie müssen sich nicht mehr den gleichgeschalteten Institutionen und Ritualen sowie der zentralistisch vorgeplanten und gesteuerten Ausbildung und Berufslenkung unterwerfen. Gerade der in den 80er Jahren von der SED verordnete Stop der Bildungsexpansion, infolge dessen es vor allem Kinder aus sozial unteren Schichten nicht mehr möglich war, die EOS und entsprechend die Universität zu besuchen, bewirkte, daß wir Ende der 80er Jahre in der DDR weniger Arbeiterkinder an den Universitäten hatten als in Westdeutschland. Die Jugendlichen können heute – soweit Begabung und Ausbildungsplätze vorhanden sind – ihre Ausbildungsperspektive frei wählen.

Zu den Gewinnern der Einheit zählen auch vor allem jene, die in der DDR politischer Verfolgung ausgesetzt oder in ihren individuellen Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt waren. Dies gilt zumindest für die immaterielle bzw ideelle Seite. Gleichwohl skandalös erscheint, daß gerade viele ehemalige Oppositionelle in der DDR auch heute wieder, gerade auch materiell, ausgegrenzt werden. Ihnen ist es nicht gelungen, und es wurde ihnen auch nicht gerade leicht gemacht, die beruflichen Nachteile, die Ausbildungsdefizite, die sie auf Grund ihrer Haltung in der DDR hatten, jetzt zu kompensieren. Auf diese Weise haben wir das verquere Bild, daß diejenigen, die in der DDR beruflich benachteiligt waren, es heute weiterhin sind, während umgekehrt doch ein Großteil derjenigen, die privilegiert waren, es geschafft hat, sich sehr schnell mit den veränderten Verhältnissen neu zu arrangieren. Bei einer sozialen Betrachtung sind die ehemals Privilegierten auch eher wieder in oberen sozialen Lagen anzutreffen.

Die Entwertung ihres sozialen und kulturellen Kapitals trifft besonders die Altersgruppe, die unter den gegebenen Arbeitsmarktbedingungen zu alt für einen Neubeginn und zu jung für den Vorruhestand war. Damit ist die Generation gemeint, die zum Zeitpunkt der Vereinigung zwischen 45 und 55 Jahre alt war. Herr Schwitzer hat es vorhin am Beispiel seiner eigenen Person anschaulich gemacht. Diese Generation gehört zu denjenigen, die es relativ am schwersten haben. Ob sie insgesamt gesehen als Verlierer einzuschätzen sind,

ist vornehmlich eine subjektive Empfindung, aber in jedem Fall ist diese Altersgruppe mit komplexen und enormen Problemlagen konfrontiert.

Jetzt möchte ich kurz einige Anmerkungen zu der Debatte machen, die heute im Vordergrund stand. „Die Frauen als Verliererinnen der Einheit?“ Ein genauerer Blick in statistisch nur teilweise erfaßte komplexe Zusammenhänge zeigt, daß die Wirklichkeit nicht so einfach ist, wie sie oft in vorurteilshafter Verkürzung dargestellt wird. Die These, daß die Frauenbeschäftigung im Vergleich zur Beschäftigung von Männern in den neuen Ländern überproportional seit 1989 zurückgegangen sei, ist in dieser Eindeutigkeit falsch. Sie ist falsch, weil sie u. a. die Ausgangssituation nicht einbezieht. Die Ausgangssituation sah so aus, daß der Frauenanteil an den Beschäftigten in der DDR überzeichnet war. Tatsächlich ist der Frauenanteil an den Beschäftigten von 1989 bis 1995 nur geringfügig gefallen. Dies wird besonders deutlich, wenn man die (zumeist verschwiegene) noch gestiegene Erwerbsneigung von Frauen nach 1989, ihren geringen Anteil an den Westpendlern und ihre Überzeichnung in der DDR-Statistik mitberücksichtigt. Dort war nämlich der sogenannte X-Bereich, d. h. der Sicherheitsbereich, in dem vornehmlich Männer beschäftigt waren, ausgeklammert worden. Nimmt man diese DDR-Statistik als Datengrundlage, arbeitet man von vornherein mit einem unrealistisch hoch gewichteten Frauenanteil. Der Anteil der Frauen an den sogenannten Westpendlern , also an denjenigen, die im Osten leben und im Westen seit 1989 gearbeitet haben oder noch arbeiten, ist erheblich geringer als der der Männer. Das resultiert jedoch primär aus dem tradierten Geschlechterverständnis, nicht aber aus dem Transformationsprozeß.

Wenn man diese drei Aspekte bei der Analyse mitberücksichtigt, stellt man fest, daß die Frauenbeschäftigung nur um etwa einen Prozentpunkt zurückgegangen ist. Andernfalls findet eine Überzeichnung der Benachteiligung der Frauen statt. Davon bleibt unbenommen, das möchte ich betonen, daß Frauen sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik gesellschaftlich und insbesondere auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt waren und sind.

Ich möchte auf einen Punkt zu sprechen kommen, der noch einmal illustriert, daß der Angleichungsprozeß sozial und materiell viel weiter fortgeschritten ist, als es die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion vermuten läßt. Wenn wir uns die Daten zur Einkommensentwicklung in Ost und West ansehen, stellen wir fest, daß ungefähr 80 bis 85 % aller Haushalte, gemessen am Familieneinkommen, in etwa unter gleichen Bedingungen leben. Die tatsächliche Differenz zwischen Ost und West entspringt erstens aus der unterschiedlichen Vermögenssituation, und zweitens daraus, daß in den oberen Etagen der Einkommenspyramide (10 bis 15 %) fast nur Westdeutsche anzutreffen sind. Unterhalb dessen wurde jedoch eine Angleichung der Familieneinkommen zwischen Ost und West schon längst vollzogen.

Ein weiterer Punkt betrifft die Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern. Auch hier hat ein schneller Angleichungsprozeß stattgefunden. Auf diesem Feld haben ostdeutsche Haushalte die westdeutschen inzwischen eingeholt,

wenn nicht sogar überholt. Mit Ausnahme von einigen Luxusgütern ist der Ausstattungsgrad in West und Ost mittlerweile in etwa gleich, wobei naturgemäß viele ostdeutsche Haushalte „modernere“, weil jüngere, Geräte haben. Zieht man das Beispiel von Gütern heran, die im Osten Mangelware waren, im Westen jedoch zum allgemeinen Standard gehörten, wie Telefone und Pkw's, sieht man, daß innerhalb von nur fünf Jahren eine Angleichung des Ausstattungsgrades erreicht wurde, während der gleiche Entwicklungssprung in Westdeutschland etwa 15 Jahre gedauert hatte.

Gleiches gilt für die Beschäftigungsstruktur. Auch hier vollzog sich binnen weniger Jahre ein Prozeß, der sich in der alten Bundesrepublik über 25 Jahre hinzog. Mittlerweile hat sich die Aufteilung der Beschäftigten über die drei Sektoren auf ein annähernd identisches Maß eingependelt. Die vergleichsweise höhere Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist insoweit weniger Ausdruck einer regionalen Benachteiligung als vielmehr Resultat der nachgeholten Herausbildung einer „Dienstleistungsgesellschaft“ sowie der dort weiterhin höheren Erwerbsneigung. Die allgemeine Erwerbsquote liegt in Ostdeutschland um etwa zwei Punkte höher als im Westen (49 % zu 47 %).

Der nächste Punkt, den ich kurz thematisieren möchte, sind die angeblichen oder tatsächlichen „sozialistischen Errungenschaften“ der DDR. Hier lautet meine These, daß die in Ostdeutschland weit verbreitete Illusion, man könne einfach soziale „Rechte“ aus der DDR in das neue System übertragen, blockierend auf den Vereinigungsprozeß und auf das Zusammenwachsen wirkt. Hierbei wird vergessen, daß die Systemspezifik von Sozialpolitik in der Übertragung negative Konsequenzen haben könnte. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die DDR nicht zuletzt deshalb zugrunde gegangen ist, weil die „sorglose“ Finanzierung der Versorgungspolitik – so möchte ich sie einmal nennen – die wirtschaftliche Leistungskraft weit überschätzt hat. Die Prognosen von Mittag, Schürer und anderen in der Endphase der DDR gingen dahin, daß nur eine Reduktion des Wohlstandsniveaus von 20-30 % überhaupt die Grundlage für ein weiteres Wirtschaftswachstum darstellen könnte. Diese Prognosen blieben jedoch unbeachtet. Die SED-Führung hat an dem Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ bis zum Ende festgehalten und damit die überlebensnotwendige Modernisierung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystem unmöglich gemacht.

In der sozialen Marktwirtschaft dagegen besteht die Schwierigkeit der Sozialpolitik darin, das Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlicher Effektivität und sozialer Sicherheit immer wieder neu auszubalancieren, wobei die Hierarchie zwischen diesen beiden Feldern eindeutig ist. Kommt es zu einer Überforderung des Wirtschaftssystems, beraubt sich der Sozialstaat seiner finanziellen Grundlagen. Der Sozialstaat kann nie ungestraft das Wirtschaftssystem überfordern. Am Beispiel des Rechts auf Arbeit, das ja immer wieder recht blauäugig diskutiert wird, möchte ich das illustrieren. Die Übertragung des Rechts auf Arbeit auf das jetzige gesamtdeutsche System würde bedeuten, daß wir die Tarifautonomie außer Kraft setzen und zweitens die Löhne zentral

festlegen müßten. Dann könnten wir natürlich sofort Arbeit und Einkommen neu verteilen, allerdings mit der Folge einer starken Nivellierung der Einkommen. Daß die Nivellierung von Einkommen in der Folge wieder zur Demotivierung leistungsstarker und -bereiter Arbeitskräfte und zu einer niedrigeren Arbeitsproduktivität und damit zu einem Rückgang des Wohlstandsniveaus führen würde, kann vermutet werden. Die Folgen sind aus der Geschichte bekannt.

Meine These ist, daß viele aktuelle Problemlagen gar nicht durch den Vereinigungsprozeß bedingt sind, sondern ihm nur zugeschoben werden. Wir neigen dazu, die tatsächlichen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, immer auf ein Problem zwischen Ost und West zu reduzieren. Erinnert sei daran, daß wir schon vor 1989 in der Bundesrepublik Diskussionen hatten, die die gleichen Dimensionen hatten, wie die Diskussionen heute. Erinnert sei an den Umbau des Sozialstaates, erinnert sei an den europäischen Integrationsprozeß, erinnert sei an die Verteilung von Arbeit und an die Frage der Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen. Die Diskussion, die Herr Geisler heute morgen aufgebracht hat, wurde schon vor 1989 geführt, in den letzten Jahren jedoch vernachlässigt. Die Folgen der Rationalisierungsstrategien der großen Unternehmen sind angesichts der Globalisierung Probleme, die ungeachtet des Vereinigungsprozesses entstehen. So kann man sagen, daß diese Reduktion zentraler Probleme auf Vereinigungsprobleme wohl eher daraus resultiert, daß es Wahrnehmungsblockaden und wechselseitige Schuldzuweisungen zwischen Ost und West gibt, die verhindern (sollen), daß eine gesamtdeutsche Sichtweise entsteht.

Ich komme zum vorletzten Punkt meines Vortrages, zu den Schwächen der Vereinigungspolitik. Diese lagen darin, daß die erwähnte Priorität, den sozialen und materiellen Angleichungsprozeß in den Vordergrund zu rücken, dazu führte, daß ordnungspolitische und wirtschaftliche Probleme unterschätzt wurden. In der DDR sozial benachteiligte und ausgegrenzte Gruppen, angefangen bei den Rentnern, den Behinderten bis hin zu den Jugendlichen, wurden nach der Vereinigung finanziell erheblich besser gestellt bzw. erhielten bessere Bedingungen, so daß die Transferleistungen vor allem konsumtiven Charakter haben. Ungefähr 70 % der bisherigen Transfersumme zwischen West und Ost entfällt auf konsumtive Leistungen mit dem Schwergewicht auf Sozialleistungen. Nur 25 % der bisherigen Transfersumme haben – laut Berechnung der Bundesbank – investiven Charakter. Hier schlägt sich die ursprüngliche Intention der Vereinigungspolitik ökonomisch negativ nieder. Die Konsequenz müßte sein, daß sich die Transferleistungen in den nächsten Jahren stärker auf diesen Bereich konzentrieren, denn trotz aller positiver Aspekte des Vereinigungsprozesses bleibt der hohe Produktivitätsabstand weiterhin eines der zentralen Probleme. Der fortbestehende Produktivitätsabstand von etwa 40-50 % signalisiert, daß gerade an diesem für die zukünftige Entwicklung wichtigen Punkt der Vereinigungsprozeß stockt. Ohne die fortgesetzte Subventionierung wird es zwar einen massiven Arbeitsplatzabbau geben, der nicht akzeptiert werden kann. Wir können aber einen selbsttragenden Aufschwung nicht errei-

chen, und hier ist das Saarland ein negatives Beispiel, indem wir weiter subventionieren, sondern wir müssen Hilfe zur Selbsthilfe, d. h. investive Transferleistungen erbringen, die es ermöglichen, daß ein sich selbsttragender Wirtschaftsaufschwung entsteht.

Es gibt noch ein zweites Versäumnis der Vereinigungspolitik. Das ist die „Ost-West-Schlagseite“, die von Beginn an angelegt war. Es wäre sinnvoller gewesen, daß gesamtdeutsche Reformbestrebungen, etwa zur Entbürokratisierung, zum Umbau des Sozialstaates, zur Vereinfachung des Rechtswesens oder zur Verteilung von Arbeit 1989 in Angriff genommen worden wären. Dadurch hätte in Ost- und Westdeutschland die Perspektive verstärkt werden können, daß es sich bei der Vereinigung um ein gesamtdeutsches Projekt handelt, und nicht nur um ein ostdeutsches Problem, wovon „lästigerweise“ auch Westdeutsche betroffen sind.

Jenseits dieser Schwächen der Vereinigungspolitik gibt es allerdings auch eine selektive und stark verzerrte Wahrnehmung der Vereinigungspolitik. Dieses Phänomen ist heute von Frau Schenk angesprochen, aber leider nicht beantwortet worden. Ich möchte das ergänzen. Es gibt bei fast allen Befragungen ein eklatantes Mißverhältnis zwischen der Einschätzung der subjektiven Situation und der allgemeinen Situation. Wenn Sie fragen: „Wie geht es Ihnen wirtschaftlich, hat sich Ihre Lage nach 1989 verbessert?“, antworten etwa zwei Drittel der Personen: „Ja, meine Situation hat sich wirtschaftlich verbessert“. Stellen Sie dem gleichen Personenkreis die Frage: „Wie ist die wirtschaftliche Situation allgemein?“, sagt fast ein gleich hoher Prozentsatz, daß die wirtschaftliche Situation allgemein schlechter geworden sei. Wir haben dieses Frageschema in einer Umfrage unter Frauen auch auf die Diskriminierung von Frauen bezogen. Auch hier erhielten wir das erstaunliche Ergebnis, daß 80 % der Frauen sagten, sie selbst seien als Frau nicht gesellschaftlich benachteiligt oder diskriminiert, während umgekehrt fast 90 % der Frauen meinten, Frauen allgemein seien diskriminiert und benachteiligt. Wir haben eine erstaunliche Differenz, die verdeutlicht, daß die subjektive Lage wesentlich besser ist als die Stimmung. Die Gründe hierfür können wir in der Diskussion erörtern.

Ich komme zum letzten Punkt, zum Mißbehagen an der Einheit. Dieses Mißbehagen ist weniger materiell, sondern vor allem sozialpsychologisch bedingt. Hierbei spielen zwei Aspekte eine Rolle. Der eine Aspekt besteht darin, daß die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht präzise genug zwischen der Kritik der Herrschaftsstrukturen und der Darstellung der Lebenswelten differenziert. Auf diese Weise konnte es vor allem der PDS gelingen, jede Kritik an der Diktatur als Angriff auf die gesamte DDR-Bevölkerung umzumünzen. Indem diese falsche Gleichsetzung erfolgt, entsteht in der ostdeutschen Bevölkerung der Eindruck, sie selbst würde unter Kollaborationsverdacht gestellt und ihre persönlichen Leistungen würden nicht mehr anerkannt. Sprachliche „Gleichmacherei“, d. h. undifferenziert verwandte Begriffe sind hierbei besonders problematisch, weil sie unterschlagen, daß es beispielsweise nicht „die“ Ostdeutschen, sondern eine Pluralität von Biographien und Erfahrungswerten in

Ostdeutschland gibt. Diese liegen z.T. weiter auseinander als die Erfahrungen zwischen Ost- und Westdeutschen. Damit meine ich, daß es keine „ostdeutschen Sonderwege“ geben sollte, denn die würden nur das zementieren, was wir verhindern wollen, nämlich das Fort- bzw. Wiederaufleben einer inneren deutschen Spaltung.

Ich komme jetzt zum Schluß. Als Fazit bleibt mir die Feststellung, daß der Vereinigungsprozeß erfolgreicher abgelaufen ist, als weite Teile der öffentlichen Diskussion nahelegen. Nach Umfrageergebnissen will nur eine kleine Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung zurück in die DDR. Das will nicht einmal die Mehrzahl der PDS-Wähler.

Wir sollten nun beginnen, die gewiß nicht zu unterschätzenden Herausforderungen als gesamtdeutsche zu begreifen, und die deutsche Vereinigung auch einmal als das zu würdigen, was sie letztlich ist: die Befreiung der ostdeutschen Bevölkerung von einer Diktatur und die Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem demokratischen und freiheitlichen Staat, der nicht mehr nach Sonderwegen trachtet, sondern in das westliche Bündnis und den europäischen Einigungsprozeß eingebettet bleibt. Dies ist viel mehr, als man nach 45 Jahren deutscher Teilung erwarten konnte und relativiert die jetzt auftretenden Probleme des Vereinigungsprozesses als vorübergehende Erscheinungen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank Herr Schroeder. Wir haben jetzt noch eine knappe Stunde für die Diskussion. Es haben sich fast alle hier anwesenden Mitglieder der Enquete-Kommission zu Wort gemeldet. Ich möchte mir eine Vorbemerkung erlauben: Thema des heutigen Tages ist die Arbeits- und Sozialpolitik.

Ihre z.T. etwas provokanten Thesen, Herr Dr. Schroeder, sprengen diesen Rahmen, und es sind Anmerkungen von Ihnen gekommen, über die wir jetzt sehr lange und sehr heftig diskutieren könnten, die aber nicht zu diesem Thema gehören. Ich will dazu nur eines sagen, insbesondere zu den Sätzen, die Sie eingangs brachten, und die auch in Ihrem Papier nachzulesen sind. Ihrer Meinung nach hätte die Regierung Kohl die deutsche Einheit gegen den teilweise erbitterten Widerstand der westdeutschen Opposition von SPD und Grünen vollendet. Darüber hinaus steht in Ihrem Material auch die Formulierung „gegen den entsprechenden Widerstand des überwiegenden Teils der Bürgerrechtsgruppen“.

Ich habe mich immer gegen Legendenbildung gewehrt, auch von der Seite, die Sie vorhin beschrieben haben, und ich muß sagen, ich wende mich auch gegen Legendenbildung, wenn sie von einer entgegengesetzten Seite kommt. Ich will gerne beweisen, aber wir haben nicht die Zeit dazu, den Nachweis zu erbringen, daß diese Behauptungen falsch sind. Es genügt, vom Zeitpunkt des Falls der Mauer an, über den Runden Tisch, über die Debatten in der Volkskammer usw. dies alles aufmerksam zu verfolgen. Genauso muß man auch all das aufmerksam verfolgen, was im Bundestag, was von der SPD, von den Grünen und